

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köpfer in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Name im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuesten 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Mai und Juni für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 67 Pfg., für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mk. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.
 Die Redaktion.

Die Reklamation über die Klassensteuer.

Von Seiten der städtischen Behörden zu Stettin werden den Bürgern die Steuer-Veranlagungen zugehändigt, worin festgestellt ist, wieviel jeder an Staatssteuer, und wieviel an kommunalem Zuschlag zu zahlen habe. Viele fühlen sich durch diese Veranlagung zu sehr belastet, sie wollen dagegen reklamieren. Zur Orientierung bemerken wir Folgendes: Reklamationen gegen die Klassensteuer bezw. gegen den kommunalen Zuschlag zu derselben müssen im Laufe des Mai, also spätestens bis zum 31. Mai bei dem Magistrat, Abteilung für Steuer-Verwaltung, eingereicht werden.

Der folgende Uebersicht zeigt an, wieviel ein Jeder nach seinem Einkommen zu zahlen hat. Wir bitten danach einen jeden seinen Steuerzettel zu prüfen und nachzusehen, ob die zu zahlende jährliche Steuer seinem Einkommen entspricht. Wenn das Einkommen unter 420 Mark beträgt, so ist es steuerfrei. Für das Einkommen von 420 bis 900 Mark ist die Staatssteuer erhoben, dagegen wird die Kommunalsteuer erhoben. Für Stettin beträgt der Zuschlag zur Klassensteuer nach dem Magistrat vorgelegten und von den Stadterordneten genehmigten Etat für das nächste Jahr 150 Prozent; danach ist die Kommunalsteuer berechnet.

Es entsprechen demnach an jährlichen Steuern ein

Einkommen	Staatssteuer	Kommunalsteuer
1 420 bis 600 M.	—	4,50 M.
2 600 = 900 =	—	9,00 =
3 900 = 1050 =	9 M.	13,50 =
4 1050 = 1200 =	12 =	18,00 =
5 1200 = 1350 =	18 =	27,00 =
6 1350 = 1500 =	24 =	36,00 =
7 1500 = 1650 =	30 =	45,00 =
8 1650 = 1800 =	36 =	54,00 =
9 1800 = 2100 =	42 =	63,00 =
10 2100 = 2400 =	48 =	72,00 =
11 2400 = 2700 =	60 =	90,00 =
12 2700 = 3000 =	72 =	108,00 =

Von den Staatssteuern fallen für alle Stufen die drei Monate Juli, August und September aus und für nur für die anderen 9 Monate die Steuer zu entrichten.

Wir bitten, diese Nachweisung aufzubewahren. Jedes Einkommen von mehr als 3000 Mark zahlt Einkommensteuer, für welche ein anderer Modus der Reklamation gilt. Jeder muß hieran prüfen können, ob eine Reklamation gerechtfertigt begründet und zulässig ist. Es ist dringend wünschenswert, daß unzulässige Reklamationen vermieden werden, daß aber die berechtigten Reklamationen zu eingereicht werden, daß sie auch unabweisbar zur Geltung kommen und daß der Verweis für die behaupteten Thatsachen beigebracht werde. Jeder Reklamant muß übrigens trotz der Reklamation die verlangte Steuer bis zum Entschiede auf seine Reklamation bezahlen. Bei der Reklamation muß nun zunächst angegeben sein, wie hoch sich das Einkommen des Reklamanten jährlich beläuft. Bei den Beamten ist hier das Gehalt, und etwaige Miethsentschädigung z., so wie das Einkommen aus Zinsen, Qualifikationen z. anzugeben; bei Gewerbetreibenden muß nach dreijährigem Durchschnitt das Meinkommen, nach Abzug der gehaltenen Unkosten für Wareneinfäufe, Löhne, Miete berechnet werden, doch darf die Miete für die Privatwohnung, der Lohn des Dienstmanns, sowie alles, was für den Unterhalt der eigenen Familie dient, nicht in Abzug gebracht werden.

Der Kaiser in Bremen.

Bremserhaven, 22. April. Bei dem am Bord der „Sulda“ Abends 7 Uhr stattgehabten Diner erwies sich Se. Majestät der Kaiser auf die Ansprache des Vorsitzenden des Verwaltungsrates des „Norddeutschen Lloyd“ etwa Folgendes:

„Er dankte und sprach sein Freude darüber aus, daß es ihm vergönnt sei, das Treiben, Schaffen und Wollen des Lloyd kennen zu lernen; jeder Erfolg des Lloyd erfülle ihn mit Stolz, denn dessen Schiffe, welche von dem großen Emporium nach allen Windrichtungen ausgingen, seien Gegenstand nicht nur unserer, sondern auch fremder Bewunderung, sie seien Zeugen der tüchtigen Leistungen in der Schiffbau-technik der Handelsmarine, überall könnten sie sich mit Stolz blicken lassen. Selbstverständlich sei sein Streben auf den Frieden gerichtet. Handel und Wandel könnten nur blühen, wenn durch den Frieden der sichere Geschäftsgang verläuft wäre. Als Freund des Seewesens verfolge er die Entdeckungen der Natur. Als er zum ersten Male die See mit einem Geschwader besah, habe er einen Kurswechsel gemacht. Derselbe habe stattgefunden, aber die Schiffe seien dabei im Nebel getrennt worden; mit einem Male sei aus dem Nebel hoch über den Wolken die deutsche Flagge aufgetaucht — ein überraschender Anblick, welcher alle zur Bewunderung der Natur-Erscheinung hingerissen habe; später sei das ganze Geschwader, tadelloser neuer Kurs fahrend, aufgetaucht, nachdem der Nebel sich zerstreut: Dies sei ihm als Bild erschienen. Welch' dunkle Stunden auch über unser Vaterland kommen möchten, wir würden dennoch in rüstigem Vorwärtstreben unser Ziel erreichen nach dem schönen Grundsatze: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst Niemand auf der Welt.“ Wenn in der Presse und dem öffentlichen Leben Anzeichen von Gefahren hervortreten, so solle man getrost denken, daß es lange nicht immer so schlimm sei wie es aussehe. Man solle ihm vertrauen, daß er den Frieden schenken werde, und wenn in der Presse mitunter seine Worte anders gedeutet würden, so solle man das als Wortes Mißverständnis annehmen, das ein Kaiser gesprochen: „Ein Kaiserwort soll man nicht drehen

nach dem Leben.“ Er bitte die Anwesenden, auf das feste Vorwärtstreben und das Gelingen des Lloyd ein Hoch auszubringen.“

Die Worte Se. Majestät des Kaisers riefen stürmische Begeisterung hervor.
 Se. Majestät der Kaiser fuhr gestern Abend um 9 Uhr zur „Hohenzollern“. Die Lloyd-Anlagen waren beleuchtet mit Raketenlampen und bengalischem Licht, ebenso viele Lampen; der Reichthum zeigte ein W aus elektrischen Lampen. Der Kaiser wollte bis heute 10½ Uhr auf die „Hohenzollern“ bleiben. Die „Lohn“ ging auf Abreise.

Ueber den Besuch Se. Majestät im Bremer Rathshaus wird der „Post“ mitgeteilt:
 Man begab sich in den Nachmittags, wo ein kleiner Umzug sowie der Ehrentrakt bereit standen. Der Oberkellner Lustmann trug auf silberner Platte einen jener Kristallpokale vorbei, von denen etwa 20 bei Ausgrabungen unter dem Rathshaus zu Tage gefördert worden sind. Konfak Segnitz überreichte ihm Se. Majestät. Eine tiefe Bewegung ging durch die Versammlung, als Se. Majestät Herrn Konfak Segnitz bat, auch Graf von Moltke den Pokal darzubieten. Der Feldmarschall trank mit freudigem Wohlbehagen, dem er auch wiederholt Ausdruck gab. Der weitere Rundgang ging nun nach der „Rose“, vorbei an den mächtigen Säulen, die wie in Parade dalagen, von dem eigentümlichen Dunst umgeben, der den ganzen Keller durchzieht. Der Kaiser fragte nach allen Einzelheiten der ehrwürdigen Räume und auch nach der Bedeutung der Rose. Als Herr Segnitz die sachkundigen Erklärungen gab, ging er in scherzhafter Weise auf alles ein. Er erwähnte auch, daß er den Keller schon einmal gesehen und daß er von damals — es war 1870, als er ein elfjähriger Knabe gewesen — die schönsten Erinnerungen noch heute habe. Der Kellermesser, Herr Böker, füllte aus demselben Faß, aus dem König Wilhelm 1869 getrunken, das Glas mit Rotwein, das Se. Majestät leerte. Auch die übrigen Herren probierten den alten Wein und leerten in wenigen Zügen die Rümer. Se. Majestät ließ sich sodann durch den Hofsaal und den Hauptkeller nach dem Backsaal führen, vor dem er wiederum in leichtem Gepolter mit den ihm folgenden Herren eine Weile stehen blieb. Er erwiderte auch, daß er den Keller schon einmal gesehen und daß er von damals — es war 1870, als er ein elfjähriger Knabe gewesen — die schönsten Erinnerungen noch heute habe. Der Kellermesser, Herr Böker, füllte aus demselben Faß, aus dem König Wilhelm 1869 getrunken, das Glas mit Rotwein, das Se. Majestät leerte. Auch die übrigen Herren probierten den alten Wein und leerten in wenigen Zügen die Rümer. Se. Majestät ließ sich sodann durch den Hofsaal und den Hauptkeller nach dem Backsaal führen, vor dem er wiederum in leichtem Gepolter mit den ihm folgenden Herren eine Weile stehen blieb. Er erwiderte auch, daß er den Keller schon einmal gesehen und daß er von damals — es war 1870, als er ein elfjähriger Knabe gewesen — die schönsten Erinnerungen noch heute habe.

Der Kellermesser, Herr Böker, füllte aus demselben Faß, aus dem König Wilhelm 1869 getrunken, das Glas mit Rotwein, das Se. Majestät leerte. Auch die übrigen Herren probierten den alten Wein und leerten in wenigen Zügen die Rümer. Se. Majestät ließ sich sodann durch den Hofsaal und den Hauptkeller nach dem Backsaal führen, vor dem er wiederum in leichtem Gepolter mit den ihm folgenden Herren eine Weile stehen blieb. Er erwiderte auch, daß er den Keller schon einmal gesehen und daß er von damals — es war 1870, als er ein elfjähriger Knabe gewesen — die schönsten Erinnerungen noch heute habe. Der Kellermesser, Herr Böker, füllte aus demselben Faß, aus dem König Wilhelm 1869 getrunken, das Glas mit Rotwein, das Se. Majestät leerte. Auch die übrigen Herren probierten den alten Wein und leerten in wenigen Zügen die Rümer. Se. Majestät ließ sich sodann durch den Hofsaal und den Hauptkeller nach dem Backsaal führen, vor dem er wiederum in leichtem Gepolter mit den ihm folgenden Herren eine Weile stehen blieb. Er erwiderte auch, daß er den Keller schon einmal gesehen und daß er von damals — es war 1870, als er ein elfjähriger Knabe gewesen — die schönsten Erinnerungen noch heute habe.

Zum blauen Donnerstag.

Aus allen Staaten kommen Meldungen von Vorbereitungen, die getroffen werden, um Ausföhrungen an dem Tage zu verhüten, „wo auf das Geheiß des simplen Arbeitmannes die Arbeit auf dem weiten Erdenrund still stehen soll“. Dies ist ein Beweis dafür, daß man überall mit Ernst einer Rundgebung entgegensteht, welche lediglich durch die Privolität gewissenloser Demagogen veranlaßt worden ist. Und durch nichts wird diese Privolität mehr bezeichnet, als durch die schwächlichen, kläglichen Versuche die man wenige Tage, bevor die Rundgebung selbst in Szene gesetzt werden soll, gemacht hat, um die Arbeiter vor Rundgebungen zu warnen, auf welche „die Feinde der Arbeiterklasse große Hoffnungen setzen“, da sie wünschen, „daß die Rundgebungen des 1. Mai zu Konflikten mit der Staatsgewalt führen würden“.

Sind es denn die „Vorgesorgten der Bourgeoisie“, oder ist es die „Bourgeoisie“ selbst, welche die Rundgebungen angeregt hat? Die Anregung wurde gegeben in den Beschlüssen des Pariser Arbeiter-Kongresses, an dessen Zustandekommen die Führer der deutschen Sozialdemokratie wesentlich beteiligt waren. Es ist eine würdige Antwort, wenn diese jetzt kommen und sagen, daß der Kongreß gar nicht vorgeföhren habe, auf welche Weise die Rundgebung des 1. Mai bewerkstelligt werden solle. In Deutschland hat wie auch in anderen Ländern die Arbeiterklasse in jenen Beschlüssen die Aufforderung zu einer allgemeinen Feier durch Einstellung der Arbeit am 1. Mai erblickt. In diesem Sinne ist monatelang agitiert worden, ohne daß die Herren Böbel, Liebknecht und Genossen ein Wort der Warnung und Abmahnung vor einem derartigen gefährlichen Unterfangen hätten verlanen lassen. Erst am 13. April haben sie sich zu einem Aufrufe entschlossen, der, indem er zuerst von einer allgemeinen Arbeitsruhe abtrah, um sie kurz darauf zu empfehlen, ohne nachhaltigen Eindruck bleiben mußte. Wäre es den Herren ernst damit gewesen, eine Rundgebung zu verhindern, von der sie selbst erklären, daß die Feinde der Arbeiterklasse ihre Hoffnungen auf dieselbe setzen, warum sind sie nicht in Halle noch mit einer runden, klaren Warnung der Genossen vor einer allgemeinen Arbeitsruhe in die Öffentlichkeit getreten?

In der Thatheit und Zweideutigkeit, in welcher der Aufruf jetzt erscheint, ist er eher geeignet, die Arbeit der Demagogen, die auch jetzt noch einer allgemeinen Arbeitsruhe das Wort reden, zu fördern als sie zu bekämpfen, und darum wird die Verantwortlichkeit für alles, was am 1. Mai geschieht, auf die Häupter der Böbel und Liebknecht so gut wie auf die Schüppels, Bollmann und anderer Rabulalen zurückfallen. Wenn wir trotzdem hoffen, daß der 1. Mai ruhig und friedlich verlaufen wird, so geschieht es, weil wir zu dem geselligen Sinne des größeren Theiles der Arbeitermassen, aus denen, die, weil sie sich bisher zurückgezogen glaubten, die sozialdemokratische Sache unterstützt haben, ein stärkeres Vertrauen haben, als zu ihrer zweideutigen Führerschaft. Diesen besonnenen Theil der Arbeiter gilt es zu unterstützen und das kann nur geschehen, wenn die Arbeitgeber überall der ganz unsinnigen, in Nichts begründeten Forderung, um bloßer Rundgebungen willen an einem Tage der Woche die Arbeit ruhen zu lassen, mit Festigkeit und Entschlossenheit entgegenzutreten. Tragen sie selbst dazu bei, einem wenn auch nur kleinen

Theile der Arbeiterklasse die Veranstaltung einer „Kraftprobe“ zu ermöglichen, nun, so haben sie sich allein die Schuld beizumessen, wenn auch der besonnenere Theil der Arbeiter mehr und mehr unter den Bann und Einfluß sozialistischer Agitatoren gerät.

C. H. Berlin, 22. April. Abgeordneter-Haus.

46. Sitzung vom 22. April.
 Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.
 Am Ministertische: von Maphach und zahlreiche Kommissare.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der zweiten Verhandlung der Schindbühnen-Vorlage.
 Zur Linie Schleier-Schaffstädt z. spricht Abg. v. Hellborn (Zingst) (konf.). Der Regierung seinen Dank für die Berücksichtigung der Wünsche der Interessenten, sowie dafür aus, daß die Regierung sich endlich entschlossen habe, den Verkehr in derjenigen Gegend des Staats zu fördern, welche bisher bei dem Westkampfe des entfernten Ostens und Westens in der Eisenbahnpolitik stets zu kurz gekommen sei.
 Die Linie wird bewilligt.

Zur Linie Hagenow-Desloer liegen Petitionen des Magistrats der Stadt Wolln und anderer Interessenten vor, welche die Kommission beantragt, durch die Bezeichnung für erledigt zu erklären.

Die Linie wird bewilligt.
 Bei der Linie Sterley-Wolln befragt Abg. Räder (konf.), daß der Minister gegen die Stadt Wolln etwas graunam verfahren sei, indem er die Wünsche der Stadt Wolln über die Weiterführung dieser Bahn nach dem Westen hinaus nicht berücksichtigt habe. Da die Untergeschichte sich dem Willen des Ministers gefügt habe, so wolle er keinen Antrag stellen, vielmehr den Minister nur bitten, den Wünschen der Stadt Wolln in Zukunft gerecht zu werden.

Abg. Peters (nl.) befragt, ob die Genehmigung der vorgeschlagenen Linie, da eine Änderung derselben zu Gunsten der Stadt Wolln zahlreiche andere und wichtigere Interessen schädigen würde.
 Die Linie wird genehmigt.

Zu der Bahn Lohndorf-Hoyer (Schleuse) weiß

Abg. Franke (nl.) darauf hin, daß von den Interessenten zur Beschaffung des Grund und Bodens bisher nur 86.000 Mark aufgebracht seien und dieselben mehr voraussichtlich nicht werden aufbringen können. Beziehe die Regierung auf ihrer Forderung, daß die Interessenten das ganze Terrain beschaffen sollen, so werde die Bahn wohl nicht zur Ausführung gelangen. Er bitte deshalb die Regierung, von den Interessenten nur die Beschaffung des Terrains für die Strecke von Lohndorf nach Hoyer, nicht aber auch für die Strecke von Hoyer nach Hoyer-Schleuse zu verlangen.

Geh. Rath Mide erwidert, daß für die Strecke Hoyer-Hoyer-Schleuse überhaupt kein Terrain in Anspruch genommen werde, da diese Strecke auf dem dem Fiskus gehörigen Damme erbaut werden solle.

Abg. Hansen (freik.) befragt letzteres. Dem Fiskus gehöre daselbst kein Terrain, sondern dem Deichverbande.

Minister von Maphach giebt zu, daß die Strecke Hoyer-Hoyer-Schleuse für den Fall der Anlage eines Hafens in jener Gegend unbezweifelnd werden würde und ist der Meinung, daß in diesem Falle den Interessenten für die Hergabe des Terrains eine Entschädigung gewährt werden müsse.

Abg. Hansen ist durch diese Erklärung des Ministers vollkommen befriedigt.
 Die Linie wird bewilligt.

Zu der Linie von Langenschwalbach nach Bollmann führt

Abg. Dr. Lotichius (wild) aus, daß eine Förderung nicht nur des Personen-Verkehrs, sondern auch des Güter-Verkehrs auf dieser Bahn nicht nur im Interesse der Schiffahrt und der Industrie, sondern auch der Eisenbahn-Verwaltung liege.

Die Linie wird bewilligt.
 Zu der Strecke Dornesfeld nach Wommers- weiler haben die Abgg. Limbourg (Str.) und Gen. den Antrag gestellt:

„Die königliche Staatsregierung aufzufordern, nochmals in die Prüfung einzutreten, ob nicht die Linienführung durch das Primsthal benutzten durch das Eßertthal im Interesse der benachteiligten Kreise vorzuziehen sei.“

Abg. Dr. Mosler (Str.) befragt, ob die Regierung, der nichts weiter bezwecke, als der Regierung die nochmalige Erwägung dieser Angelegenheit anheimzugeben.

Abg. Lehmann (Str.) erklärt sich gegen den Antrag. Die Linienführung durch das Eßertthal sei unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse gewährt und die Linienführung durch das Primsthal würde mindestens 800.000 Mark mehr kosten.

Geh. Rath Mide erklärt, daß die Regierung befreit gewesen sei, bei der Linienführung für diese Bahn die Interessen beider Thäler wahrzunehmen. Die Führung durch das Eßertthal sei in wirtschaftlicher Beziehung als die günstigere erschienen. Die Linie durch das Primsthal würde dieselbe um über 4 Kilometer verlängern.

Nachdem Abg. Dize (natl.) den Antrag Limbourg zur Annahme empfohlen, Abg. Räder (natl.) sich dagegen erklärt, verweist

Minister v. Maphach darauf, daß sich aus diesen Ausführungen die Schwierigkeit klar ergebe, den Interessen jenes Landestheiles überall gerecht zu werden. Mit der Annahme des Antrages Limbourg wäre eine Verlagerung des Baues der Bahn von mindestens einem Jahre ausgeprochen worden, denn er (der Minister) würde sich nicht für berechtigt halten, den Bau dieser Bahn durch das Primsthal ohne vorherige Genehmigung des Hauses in Angriff zu nehmen.

Die Linie wird genehmigt. Der Antrag Limbourg wird abgelehnt, dagegen werden die bezüglich dieser Bahn eingegangenen Petitionen der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Die übrigen Linien werden ohne erhebliche Diskussion bewilligt, ebenso die weiteren Forderungen wegen Beschaffung von Betriebsmitteln z. Bei den Bestimmungen über die Bezeichnungen für die Ausführung der Bahnen weiß

Abg. v. Wackerbarth (konf.) darauf hin, daß die den Abgeordneten und Interessenten auferlegende Verpflichtung zur Beschaffung des Grund und Bodens von den Eisenbahn-Direktionen verschieden angelegt und ausgebeutet werde und bitte daher die Regierung um eine allgemeine öffentliche Klärung der Verpflichtungen, die sich hieraus für die Kreise ergeben.

Geh. Rath Mide: Den Eisenbahn-Direktionen sei die Anweisung zugegangen, in jedem Falle zu prüfen, welche Verpflichtungen den Interessenten auferlegen seien, damit durch diese Forderungen nicht unnötige Härten herbeigeföhrt würden. Eine allgemeine Verfügung zu erlassen, sei wegen der Verschiedenheit der Verhältnisse nicht angänglich.

Der Rest des Gesetzentwurfes wird ohne weitere Diskussion angenommen.

Es folgt die zweite Verhandlung des Gesetzentwurfes betreffend den weiteren Erwerb von Privat-Eisenbahnen für den Staat.

Die Budgetkommission beantragt auch hier die unveränderte Genehmigung der Vorlage.
 Abg. Brömel (fr.) befragt, ob bei dieser Gelegenheit noch einmal das bereits bei der Staatsberatung erörterte Verhältnis der Beamten der verstaatlichten Bahnen zu den übrigen Staatsbeamten, namentlich das Mißverhältnis, welches sich bezüglich der Pensionierung der Eisenbahnbeamten herausgestellt habe. Dieses Mißverhältnis solle nun durch die vorliegenden Verträge für die zu übernehmenden Beamten wiederum eingeföhrt werden. Anträge zu stellen gegenüber den Verträgen sei er nicht in der Lage, er habe nur das Wort ergriffen, um zu konstatieren, daß das Haus mit diesem Mißverhältnis nicht einverstanden sei und daran die Hoffnung zu knüpfen, daß vielleicht bis zur dritten Lesung eine Besserung dieses Verhältnisses herbeizuföhren sei.

Ministerial-Direktor Besele erwidert, daß diese Angelegenheit bereits bei der Staatsberatung eingehend erörtert worden sei. Was die Sache selbst anbetreffe, so könne er nur wiederholt erklären, daß die betreffenden Beamten bereits Mitglieder einer Pensionskasse der Beamten der Privatbahnen seien und die Regierung von der Ansicht ausgehe, daß sie denselben nicht durch Gewährung der Pensionsberechtigung einen Anspruch auf Doppel Pensionen geben dürfe. Im übrigen würden die Beamten durch die Verstaatlichung wesentlich besser gestellt.

Abg. Brömel ist der Ansicht, daß der Bezug einer Doppel Pension hier nicht ausschlaggebend sein sollte, denn es sei doch keinem Beamten zu verwehren, wenn er sich durch Zahlung von Beiträgen den Anspruch auf eine höhere Pension erwerbe.

Der Gesetzentwurf wird darauf ohne weitere Diskussion genehmigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Rechnungs-Kommission über die Uebersicht von den Staatseinkünften und Ausgaben pro 1888-89.

Die Kommission beantragt: vorbehaltlich der Prüfung durch die Oberrechnungskammer die vorgekommenen Staatsüberschreitungen nachträglich zu genehmigen.

Abg. Dr. Dörre (natl.): Durch die Herstellung einer Aufschlagsstation für Karmaltische beim Salzwerke zu Sackfurt sei der Kostenanfall um das Doppelte überhöht worden. Nach dem Berichte für die betreffende Beamte durch die vorgelegte Dienstbeförderung disziplinarisch bestraft worden und mit Rücksicht darauf, daß die durch das Verschulden des Beamten entstandene neue Anlage dem Staate nicht nur keinen Schaden bringen werde, sondern vielmehr reiche finanzielle Erträge geben werde, habe die Kommission die nachträgliche Genehmigung dieser Mehrausgabe beantragt. Er halte sich indessen für verpflichtet, darauf zu verweisen, daß die Schuld dieser Ueberschreitung mehr an der Regierung, als an dem Beamten liege, weil das betreffende Projekt durchaus nicht genügend vorbereitet gewesen sei.

Geh. Rath Lindig rechtfertigt das Verhalten der Regierung.

Der Antrag der Rechnungs-Kommission wird genehmigt.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Initiativ-Anträge — Tarifermäßigung für Getreidefracht, das Recht zur Haltung von Vienen z.

Deutschland.

C. Berlin, 22. April. In einer Zuschrift des in der englischen Arbeiterbewegung wiederholt hervorgetretenen Agitatoren Hyndman an die „Times“ wird bezüglich der für Anfang Mai geplanten internationalen Arbeiterdemonstration für die allgemeine Einführung des achtstündigen Arbeitstages — die englischen Arbeiter sind klug genug gewesen, den Termin auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen — u. A. ausgeführt, daß mit der über den Rahmen der englischen Nationalwirtschaft weit hinausgreifenden Allgemeinheit der Demonstration die Solidarität der Arbeiterinteressen in diesem Punkte bekräftet und daß damit das auf die Konfurrenzverhältnisse verweisende Hauptargument der Gegner einer allgemeinen Einführung des achtstündigen Arbeitstages hinfällig werde. Ferner wird um so und sovielen Male betont, daß innerhalb gewisser Grenzen die Verkürzung der Arbeitszeit die Produktivität der Arbeit erhöhe. Die „Times“ hebt demgegenüber mit Recht hervor, daß heutzutage Europa nur einen einzigen Faktor in dem internationalen Konfurrenzgetriebe darstelle, und daß sich ein erheblicher Fehler in der Rechnung des Dr. Hyndman ergeben müsse, wenn derselbe die produktive Bedeutung von Amerika, wie auch von Asien, Australien und Afrika außer Acht lassen wolle. Dem zweiten Argument gegenüber wird alsdann darauf verwiesen, daß im geraden Gegensatz zu der Verneinung Hyndman's von anderen Bestürwortern des achtstündigen Arbeitstages hervorgehoben wird, es werde durch eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Vermehrung der Arbeitskräfte notwendig und damit eine Steigerung der Preise und Löhne herbeigeföhrt werden. — Es wäre angezeigt gewesen, auch darauf zu verweisen, daß es sich bei dem bezüglichen Beschluß des Pariser Marxistenkongresses in erster Linie darum handelte, ein gemeinsames Schlagwort zu finden. In der Erörterung der Löhne konnte ein solches nicht gefunden werden, weil in dieser Beziehung die Anschauungen über das „Wohlfahrt“ selbst in engbegrenzten Bezirken auseinandergehen und weil der Werth von Lohn-erhöhungen leicht durch Preissteigerungen illus-

torisch gemacht werden kann. In einer Vertiefung der Arbeitszeit dagegen glaubte man eine dauernde Ertragssteigerung erblicken zu müssen. Aus dieser Anschauung heraus wurde das Schlagwort vom achtstündigen Arbeitstag in die Massen geworfen, und es kann nach den neuesten Erfahrungen allerdings kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß dieses Wort die ihm von seinen Urhebern zugeordnete Agitationskraft auch erlangen kann, wenn nicht durch entschlossenes Zusammenstehen aller staatsverwaltenden Elemente ein scharfes Halt geboten wird.

Wie wenig auch in den Kreisen der Staatsregierung auf einen baldigen Abschluß der Landtags-Session gerechnet wird, erhellt aus der Thatsache, welche verübt in Abgeordnetenkreisen erzählt wird, daß die Vorlegung noch weiterer Gesetzes-Vorschläge ernstlich erwogen wird. Dabei soll es sich der Natur der Sache nach nicht um größere organische Reformen handeln; ebenso wenig um Änderungen des Verfassungsrechts, weil die notwendig vorwiegend zu erledigende Arbeiter-schutzgebung im Reich nicht zeitig genug zum Abschluß gebracht werden kann, um noch in der laufenden Session des Landtages daran anknüpfen zu können. Dagegen stehen neben kleineren unregelmäßigen Vorlagen prinzipieller Natur, welche von der Vertretung der bezüglichen Landesbestände gewünscht worden, gesetzgeberische Vorschläge auf dem Gebiete des Volksschulwesens und der Kommunal-Verwaltung zur Erwägung, welche zum Theil im Anschluß an auch aus der Mitte der Landesvertretung gegebene Anregungen besonders dringliche Einzelfragen zu erledigen bezwecken.

Wenn übrigens in der Presse über den Inhalt des Gesetzentwurfes wegen Verwerbung der Sperrgelber Mittheilungen verbreitet sind, welche geeignet sind, Beunruhigungen in manchen Kreisen der Bevölkerung zu tragen, so mag darauf hingewiesen werden, daß die Vorlage nicht die Ausweisung des Kapitals bezweckt, sondern die Zinsen des Sperrfunds für katholisch-kirchliche Zwecke verfügbar machen will. Die Verteilung des Zinsaufkommens auf die einzelnen Bistümer soll nach Maßgabe der aus dem einzelnen Bisthum nach Sperrfunds zugeföhrenen Gelder erfolgen. Die Feststellung der Verwendungszwecke soll, wie es heißt, in erster Linie Sache der Bischöfe sein, welche sich dieserhalb mit der Staatsregierung zu verständigen haben würden. Dieser Abweg würde geeignet erscheinen, den als berechtigt anzuerkennenden Wünschen der katholischen Kirche und Bevölkerung gerecht zu werden, ohne doch andere nicht minder berechnigte Interessen und Empfindungen zu verletzen.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Im Abgeordnetenhaus ist die Mittheilung verbreitet, daß Fürst Bismarck zur Staatsberatung in der nächsten Woche im Herrenhause erscheinen werde. Es fehlt aber keineswegs an Zweifeln. Der von Hamburg aus angelandigte Entschluß des Fürsten Bismarck, parlamentarisch und eventuell auch in der Presse im Sinne seiner Amtsföhhrung politisch wirken zu wollen, wird von Vätern der äußersten Rechten und des Deutschthums mit Kommentaren versehen, welche deutlich erkennen lassen, daß man in diesen politischen Lagern den „gestürzten“ Kanalar noch nicht zu föhren angeheiß hat. Dazu mag ja auch guter Grund vorhanden sein; wenn aber von dort eine „Fronte“ des Fürsten Bismarck in Aussicht gestellt wird, die sich tendenziös gegen die Autorität der Regierung oder gar gegen die Krone richten könnte, so halten wir das für eine Uebeltat des Verfalls des deutschen Reiches, zu welcher jeder Verstand fest. Es ist übrigens bemerkenswerth, daß jenen, während ein Organ der frömmsten Richtung auf der äußersten Rechten von einem „Zivil-Wallenstein“ spricht, der Kaiser gestern bei dem Diner an Bord eines Lloyd-Dampfers eines der geföhrgelten Worte seines ersten Kanzlers zitiert hat. Das erwähnte reaktionäre Blatt hält vermuthlich schon die Zivil-Deverau und Macdonald — natürlich nicht mit Hellebarben, sondern mit Federn bemannet — bereit, besorgt, daß ein deutschfeindlicher Pestaluz ihm zuvorkommen könnte. Wir glauben nicht, daß die Krone dieser Schützer bedarf; wir setzen der eventuellen politischen Betätigung des Fürsten Bismarck in der Zukunft entgegen, daß selbstverständlich nur das Bestreben, das Werk seines Lebens zu befestigen, der Leistung dieser Thätigkeit sein würde.

Die portugiesische Thronrebe hat die Hoffnung auf eine Verständigung mit England wegen des afrikanischen Streitfalles ausgedrückt, wie das seitens der englischen Regierung im Parlament ähnlich geschehen war. Die Thronrebe bestätigt auch die für Portugal fremdblichen Änderungen verschiedener Regierungen, wovon schon früher verlautet hatte. Dagegen enthält sie keine Andeutung über eine europäische Konferenz, wozu man in Lissabon auch noch sonstigem Vernehmen keinerlei sichere Nachrichten hatte. Bei dieser Gelegenheit hört man, England habe während des Streites mit Portugal einmal zu verstehen gegeben, daß es das Grenzabkommen zwischen Deutschland und Portugal nicht mit verbürgt habe. Dasselbe wurde Ende Dezember 1888 abgeschlossen, war hier verhandelt und in Lissabon unterzeichnet. Mit jener englischen Bemerkung sollte aber gewiß dem Abkommen nicht geradezu die Anerkennung verweigert werden. Sollte jetzt Deutschland wirklich, wie einige Londoner Blätter melden, die ausbrüchliche Anerkennung der Konvention seitens Englands wünschen, wären damit die Gerüchte bezüglich einer europäischen Konferenz noch nicht bestätigt. Man glaubt, die Regierungen würden England die Initiative überlassen, was also einen Umschwung wegen der Sache in London voraussetzt. Hierüber wird man weitere Nachrichten abwarten müssen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. April. Abgeordnetenhaus. In Beantwortung einer Interpellation der Jung-Gehehen erklärte der Minister-Präsident Graf Taaffe, es sei keine Weisung betreffs des Verboths, den deutsch-böhmischen Ausgleich in Vereinen und Journalen zu besprechen, an die Unterbeherden ergangen. Das Verfahren der Behörden sei in keinem Falle den Grundgesetzen des Staates zuwider gelaufen. Auf die Interpellation Riegers und Genossen betreffend die Anordnung, die Korrespondenz zwischen dem Magistrat und dem evangelischen Pfarramt angeblich in Konfession in Prag in deutscher Sprache zu föhren, erwidert der Ministerpräsident, daß es sich

[illegible]

